

Streitaxt für den täglichen Notfall Die internationalen Vollmachten in Bosnien sollen verlängert werden

Michael Martens Frankfurter Allgemeine Zeitung
February 26, 2007

BELGRAD, 25. Februar. An diesem Montag und Dienstag findet in Brüssel ein Gipfeltreffen zur Zukunft von Bosnien-Herzegowina statt, das ursprünglich als entscheidende Kurskorrektur für den Umgang der Staatengemeinschaft mit dem Halbprotektorat gedacht war. Noch im vergangenen Jahr schien es denkbar, dass bei den Brüsseler Gesprächen des Rates zur Umsetzung des Friedensvertrags für Bosnien-Herzegowina auch die Entscheidung fallen wird, das Land zwölf Jahre nach der Beendigung des Krieges aus der internationalen Überwachung in die Eigenverantwortlichkeit zu entlassen. Unter Hinweis auf die demokratischen, in eigener Regie durchgeführten Wahlen in dem Balkanstaat war diese Forderung seit Jahren erhoben und mit wechselnden Begründungen stets wieder verschoben worden.

Im Jahr 2007 soll nun die geplante Abtrennung des Kosovos von Serbien als Erklärung dazu dienen, warum der Rückzug der Staatengemeinschaft aus dem politischen Tagesgeschäft des muslimischserbisch-kroatisch geprägten Dreivölkerstaats aufzuschieben sei. Hervorgehoben wird insbesondere die mögliche Wirkung, welche die in der ersten Jahreshälfte anstehende Entscheidung über das Kosovo auf die regionale Stabilität und das Sezessionsstreben in der von Serben dominierten Hälfte Bosniens haben könne. Tatsächlich weisen die Führer der Serben Bosniens seit Monaten auf die vermeintlich widersprüchliche Anwendung des Völkerrechts auf dem Balkan hin: Da gewährten die maßgeblichen westlichen Staaten im Falle des Kosovos dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der dortigen Albaner Vorrang gegenüber der territorialen Integrität Serbiens, dessen Teil die Provinz völkerrechtlich ist. Kaum mehr als 100 Kilometer entfernt von der kosovarischen Grenze sollte den bosnischen Serben das gleiche Recht jedoch mit Hinweis auf die zu wahrende territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas verweigert werden, obwohl die Loslösung von diesem Staat in einem demokratischen Referendum die Zustimmung von mehr als 90 Prozent der Einwohner der bosnischen Serbenrepublik (RS) fände. So behaupten es führende bosnisch-serbische Politiker wie der RS-Ministerpräsident Dodik.

Unerwähnt bleibt in der serbischen Darstellung, dass ohne die strategischen Massenvertreibungen von muslimischen Bosniaken und Kroaten in den neunziger Jahren auf dem Territorium der heutigen bosnischen Serbenrepublik eine Mehrheit für eine Abspaltung nie entstanden wäre. Die Dominanz der Serben in diesen

Gebieten ist eine Folge der "ethnischen Säuberungen" der Kriegsjahre.

In den westlichen Hauptstädten herrscht dennoch eine gewisse Nervosität, die Dodik, der sich als Sozialdemokrat bezeichnet, geschickt ausnutzt. Immer wieder bringt er in populistischer Berechnung die Möglichkeit eines Abspaltungsreferendums der bosnischen Serben ins Spiel, sollte das Kosovo seinerseits von Serbien abgespalten werden. Jüngst warnte er den Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft in Bosnien, den deutschen Politiker Christian Schwarz-Schilling (CDU), sich ihm dabei in den Weg zu stellen. Sollte Schwarz-Schilling ein Referendum zum Status der RS verbieten wollen, werde es dennoch abgehalten. Sollte der Deutsche es gar wagen, ihm mit Absetzung zu drohen, werde Dodik 200 000 Anhänger in der RS-Hauptstadt Banja Luka auf die Straße bringen: "Dann soll er versuchen, mich abzusetzen. Er wird sehen, was geschehen wird. Möchte er, dass ich 50 000 Serben nach Sarajevo bringe, um gegen ihn zu protestieren? Wenn jemand eine solche Geschichte möchte, kann er sie haben."

Zwar klafft bei dem Populisten Dodik, der vor allem von den Vereinigten Staaten bis vor wenigen Jahren als Reform- und Gegner des vom UN-Tribunal angeklagten ehemaligen Serbenführers Karadzic gestützt wurde, meist eine Lücke zwischen Wort und Tat. Dennoch haben nicht zuletzt seine Drohungen die Frage neu belebt, ob die sogenannten Bonner Befugnisse, ein machtvolles Instrument in den Händen des Hohen Repräsentanten, aufgegeben werden sollen oder nicht. Der Hohe Repräsentant kann mit diesen Sondervollmachten, die ihre Bezeichnung ihrer Einführung durch eine Konferenz auf dem Bonner Petersberg verdanken, theoretisch das ganze Land regieren. So kann er Politiker aus Staats- und Parteiämtern entlassen oder Gesetze für ungültig erklären.

In den ersten Nachkriegsjahren erwiesen sich diese Rechte oft als hilfreich. Die Eigentumsrückgabe an Vertriebene - Diplomaten sprechen gern beschönigend von "Flüchtlingsrückkehr", die aber tatsächlich kaum stattgefunden hat - wäre ohne sie kaum durchsetzbar gewesen. Auch die Überwachung der ersten Wahlen und die Entfernung von Kriegstreibern aus dem öffentlichen Leben kamen so voran. Zweifellos ist es auch dem Einsatz der Bonner Befugnisse zu verdanken, dass sich die Lage in Bosnien im Laufe der Jahre trotz bleibender Mängel allmählich stabilisiert hat.

Die Bediensteten des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR), das mehr und mehr zum eigentlichen Machtzentrum des Staates geworden war, lieferten jedoch auch später immer neue Begründungen für ihre These, dass die Behörde und ihre Vollmachten für die weitere Demokratisierung Bosniens unabdingbar blieben. Kaum noch war die Rede davon, dass die parademokratischen Befugnisse nur als eine Art Nothammer bei akuten Bedrohungen der Nachkriegsordnung gedacht waren. Die zum OHR entsandten Diplomaten und Fachleute hatten stattdessen Gefallen daran gefunden, das Land auch in Alltagsfragen zu regieren. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der Herrschaftszeit von Schwarz-Schillings britischem Vorgänger Paddy Ashdown, als den einheimischen Regierungen trotz gegenteiliger Sonntagsreden über die Notwendigkeit, Bosnien den Bosniern zurückzugeben, immer wieder Entscheidungen entzogen und zur Chefsache erklärt wurden. Auch jetzt sprechen westliche Diplomaten davon, die Sondervollmachten müssten der Staatengemeinschaft gleichsam als Streitaxt im Glasschrank zur Verfügung stehen, um im Notfall auf die Handelnden einschlagen zu können.

Teilweise wurden auf diese Weise auch unter Ashdown immer noch Fortschritte zur Konsolidierung des Staates erzielt, so durch die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsministeriums oder die Einführung der Mehrwertsteuer, die dem Gesamtstaat eigene Einnahmen verschaffen soll. Parallel dazu verstärkte sich aber eine Entwicklung, die diese Erfolge zum Teil aufhob: Gerade bei unpopulären Entscheidungen schoben die einheimischen Politiker die Verantwortung gern auf die Ausländer ab. Andere wagten aus Furcht, das Missfallen des Hohen Repräsentanten zu erregen und entlassen zu werden, keine Initiative. Gleichzeitig entwickelte sich bei den in der Regel auf wenige Jahre entsandten ausländischen Beratern und OHR-Bediensteten eine bemerkenswerte Selbstherrlichkeit. So kam es bei der von der UN-Mission in Bosnien geführten Polizeireform zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die jedoch von der UN-Zentrale in New York, darin zum Teil unterstützt vom früheren Hohen Repräsentanten Ashdown, systematisch unter den Teppich gekehrt wurden.